

Fairer Handel als Antwort auf eine steigende Verunsicherung gegenüber globalen Entwicklungen

**DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE ZUR
ENTWICKLUNGSPOLITIK 04**

im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Swissaid,
Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas,
Heks und der DEZA

Projektteam:

Lukas Golder, Politikwissenschaftler
Claude Longchamp, Politikwissenschaftler
Stephan Tschöpe, Projektassistent
Silvia Ratelband-Pally, Administratorin
Bianca Rousselot, Projektassistentin



Das Wichtigste in Kürze

Ausgangslage, Fragestellungen und Daten

Die Studie „Entwicklungshilfe-Monitor“ hat das Ziel, das Verhältnis der stimmberechtigten Bevölkerung zur Entwicklungshilfe der Schweiz auszuleuchten. Dabei geht es um das Wissen und die Meinungen gegenüber zentralen Elementen der Tätigkeiten, die namentlich der Bund und die Hilfswerke erbringen. Die Entwicklungspolitik steht dabei im Vordergrund. Auftraggeberinnen waren die Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Heks und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

Die Studie basiert zunächst auf einer Repräsentativ-Befragung, welche das Forschungsinstitut gfs.bern im September 2004 durchführte. Befragt wurden 1200 Personen der deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweiz. In wesentlichen Teilen blieb der Fragebogen gegenüber der letzten Befragung 1999 unverändert, so können zusätzlich die Trends ermittelt werden. 1999 wurde der Fragebogen stark überarbeitet, was Vergleiche mit dieser methodisch gleich durchgeführten Erhebung leichter macht als zu den anderen Erhebungen seit 1984. Diese 99er-Befragung wurde ebenfalls von gfs.bern durchgeführt (damals noch unter dem Namen GfS-Forschungsinstitut, Politik und Staat, Bern).

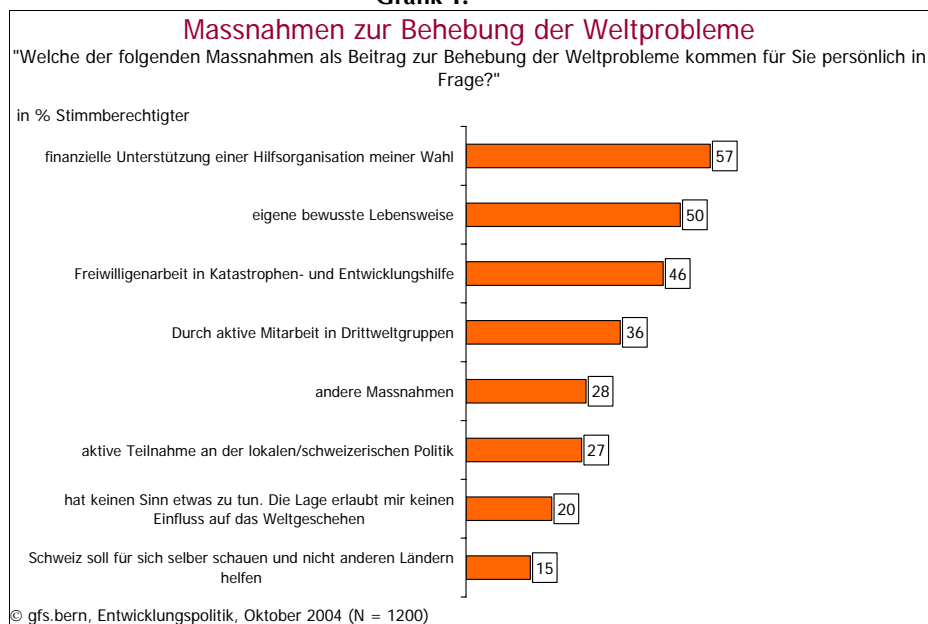
Der Kurzbericht präsentiert eine Auswahl von Resultaten, die vor allem mit Blick auf die Veränderung zwischen 1999 und 2004 erarbeitet wurden. Er ist wie folgt gegliedert:

- die persönliche Ebene und der persönliche Beitrag zu Entwicklungsproblemen
- die globale Ebene: die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und die Globalisierung
- der staatliche Beitrag der Schweiz und die politischen Massnahmen
- der Vergleich von staatlicher und privater Entwicklungszusammenarbeit: Image und Finanzen
- die Informationsarbeit

Finanzielle Unterstützung als primäre Massnahme zur Behebung von Weltproblemen

Entwicklungsländer lösen nicht ein einheitliches Bild unter Stimmberechtigten aus, sondern es wird eine Vielzahl spontaner und eher negativ besetzter Begriffe mit dem Wort in Verbindung gebracht. Das Gefühl, gegenüber den Problemen aus den Entwicklungsländern vollständig machtlos zu sein, hat innert 5 Jahren leicht zugenommen. Unter diesem gestiegenen Ohnmachtsgefühl hat aber weder die Akzeptanz finanzieller Unterstützung als Massnahme zur Behebung von Weltproblemen noch die Solidarität als Motiv für die Entwicklungshilfe gelitten. Als individuelle Massnahme zur Behebung von Weltproblemen wird heute lediglich weniger die eigene Handlung und mehr die Unterstützung auch in finanzieller Hinsicht in Betracht gezogen. Im Zentrum bleibt aber der innere Willen, mit Entwicklungsländern solidarisch zu sein.

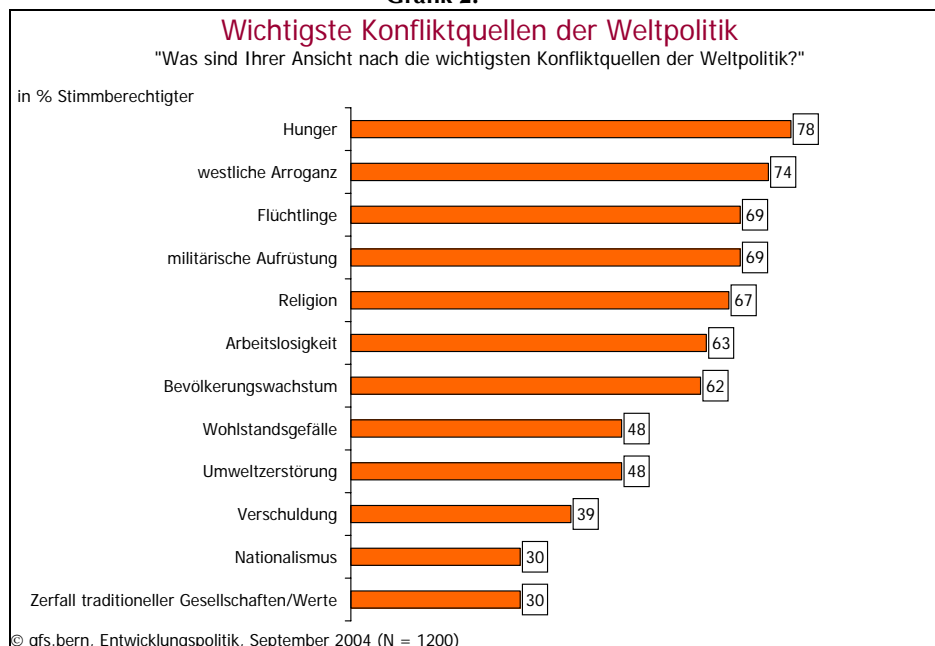
Grafik 1:



Konflikte und die Globalisierung verändern das Bewusstsein

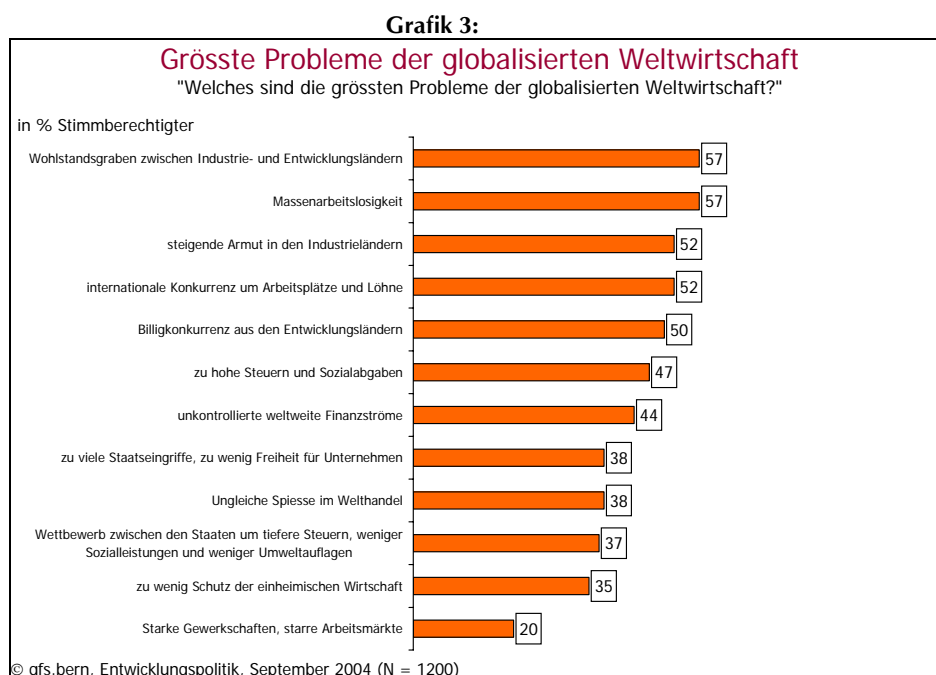
An der inneren Befindlichkeit gegenüber der Entwicklungshilfe hat sich relativ wenig verändert. Die Haltungen globalen Entwicklungen gegenüber lassen aber trotzdem eine drastische Veränderung im Bewusstsein der Stimmberechtigten erkennen. Der Konfliktaspekt hat stark an Bedeutung gewonnen: Hierzu gehören eine kritische Beurteilung der Rolle des Westens und die Wahrnehmung von militärischer Aufrüstung oder der Religion als Konfliktursachen.

Grafik 2:



Nicht nur der Konfliktaspekt hat sich verändert, sondern auch die Wahrnehmung der Globalisierung. Die aktivere Rolle der Regierungen von Entwicklungsländern in der Globalisierung wird heute verstärkt gesehen und problematische Aspekte der Globali-

sierung, die sich für Entwicklungsländer ergeben, aber auch problematische Aspekte für die Schweiz selbst erhalten mehr Beachtung.

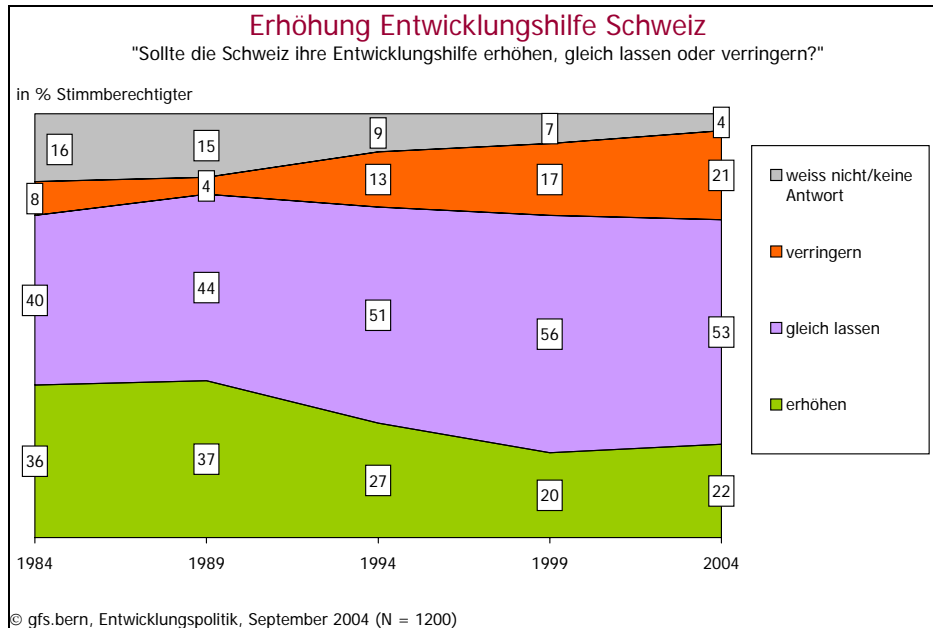


Entwicklungsländer entsprechen heute stärker einem (wirtschaftlichen) Konkurrenzbild. Damit ist Globalisierung für breite Gruppen der Stimmberechtigten heute facettenreicher und widersprüchlicher als noch 1999. Die globalen Veränderungen seit 1999 im Bereich der Globalisierung und im Bereich von Konflikten haben sich damit klar im Bewusstsein der Stimmberechtigten verankert. Dies hat zu einer parteiunabhängigen Sensibilisierung geführt. Diese Veränderungen verunsichern, ohne dass sich dies auf Motivebene für die Entwicklungshilfe bisher direkt ausgewirkt hätte. Je mehr aber negative Reaktionen im Bereich von Konflikten und Globalisierung direkt mit diesen Veränderungen in Verbindung gebracht werden, desto eher wird auch die Solidaritätsbasis der Entwicklungshilfe leiden.

Die staatliche Rolle in der Entwicklungshilfe ist bekannter und etwas umstrittener geworden

Zunächst gilt es festzuhalten, dass der Staat heute im Vergleich zu 1999 viel stärker mit Entwicklungshilfe in Verbindung gebracht wird, und die DEZA bekannter geworden ist. Die staatliche Rolle ist damit zentraler aber parallel auch etwas umstrittener geworden, was sich an steigenden Anteilen von Personen zeigt, welche die Entwicklungshilfe verringern oder vollständig im Inland verwenden möchten.

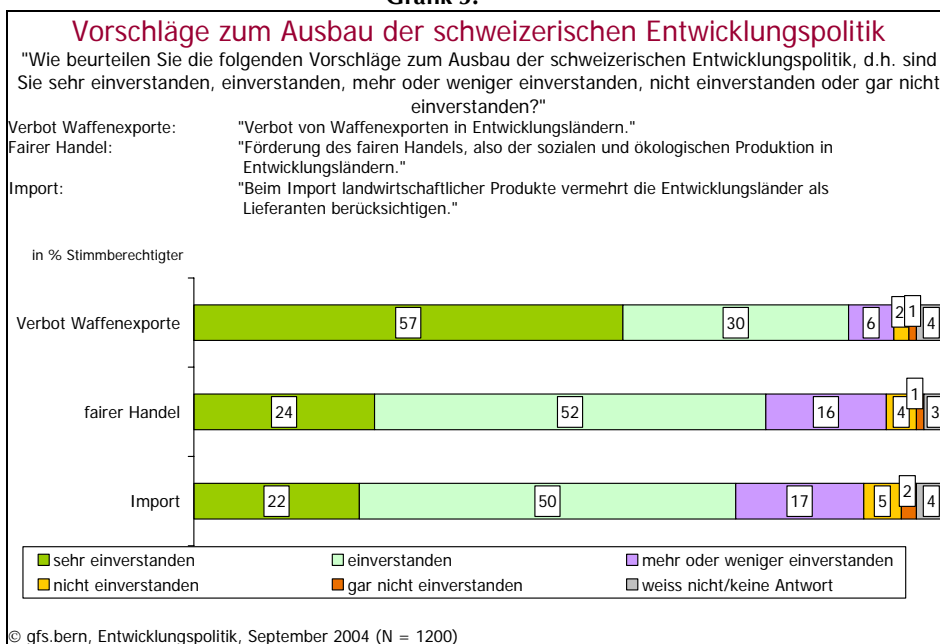
Grafik 4:



Die leicht steigende Umstrittenheit zeigt sich vor allem bei Rechts eingestellten Personen und bei der Anhängerschaft der SVP, und die Entwicklungen über die Zeit zeigen auffallende Parallelen zu den kritischen Debatten im Inland zur staatlichen Rolle.

Nach wie vor ist die staatliche Rolle aber mehrheitlich akzeptiert. Eine Mehrheit möchte die Ausgaben der staatlichen Hilfe gleich belassen, und der Bundeshilfe wird klar Professionalität attestiert. Auch sonst verfügt die Bundeshilfe über ein akzeptables Image, wenn auch die Angst verbreitet ist, dass die Bundesprojekte zu gross sind. Hoch akzeptiert ist nicht mehr einzig die Zusammenarbeit mit dem Süden, sondern auch die Zusammenarbeit mit der UNO und deren Unterorganisationen. Umstritten bleibt aber, wenn der Bund mit der Weltbank zusammenarbeitet.

Grafik 5:



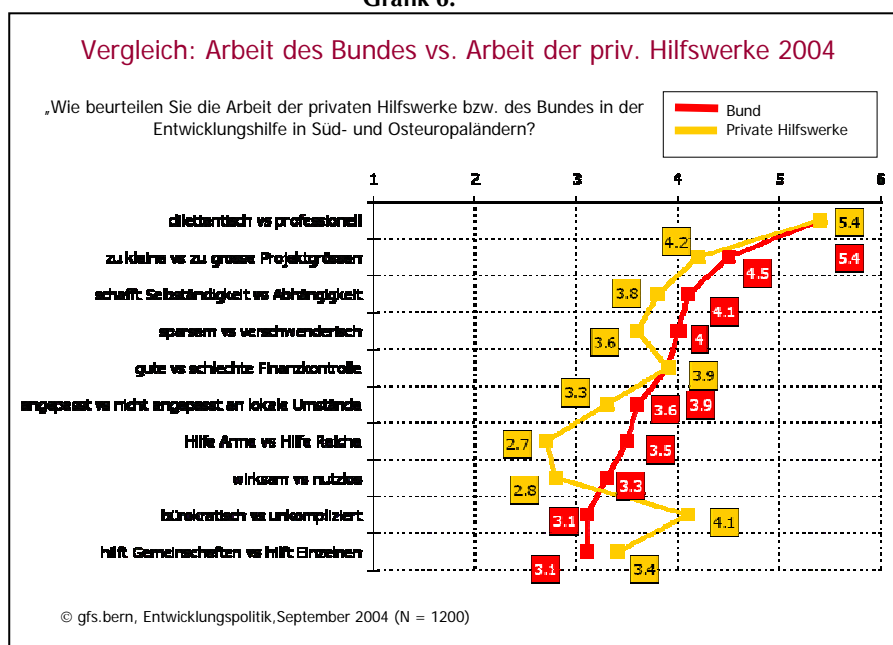
Praktisch unumstritten (auch Rechts) ist eine gewisse Richtung einer staatlichen Politik. Sie kann unter dem Stichwort "fairer Handel" zusammengefasst werden. Dazu gehört,

dass keine Waffen in Entwicklungsländer geliefert werden, die soziale und ökologische Produktion in Entwicklungsländern gefördert wird, und auch, dass beim Import vermehrt die Entwicklungsländer als Lieferanten berücksichtigt werden.

Die Privaten bleiben die "Stars" der Entwicklungshilfe

Trotz steigender Prominenz der staatlichen Entwicklungshilfe bleiben die privaten Entwicklungshilfeorganisationen, vor allem Caritas und Rotes Kreuz, aber auch Médecins sans frontières und Terre des hommes, die primären Akteure, die mit Entwicklungshilfe in Verbindung gebracht werden. Einige privaten Akteure sind nicht nur bekannter, insgesamt ist ihr Image auch besser als dasjenige des Bundes – vor allem wegen der ihnen zugeschriebenen Unkompliziertheit und dem Eindruck, dass die Hilfe auch wirklich die Bedürftigen erreicht. Die gute Position der Privaten geht nicht so weit, dass der Staat die Unterstützung der Privaten weiter ausbauen sollte. Diese Ansicht war in den Achtzigern noch verbreitet, erhält aber heute kaum weiter Zuspruch. Die Ursache hierfür ist nicht bei den Privaten zu suchen, sondern beim Staat, der aus Sicht der Stimmberechtigten grundsätzlich seine Ausgaben nicht weiter erhöhen soll.

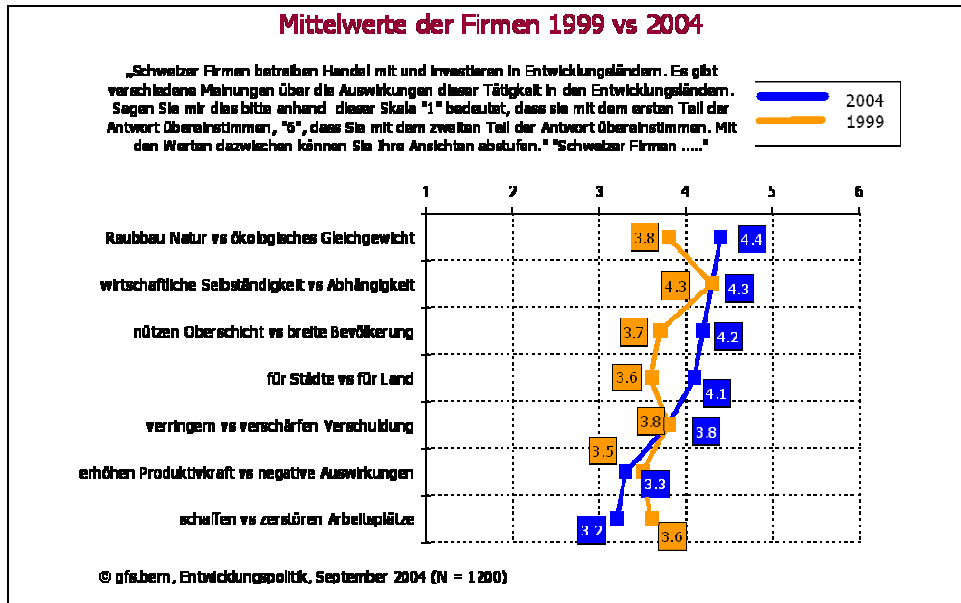
Grafik 6:



Schweizer Firmen liefern etwas mehr "Schweizer Qualität" als 1999

Die Rolle der Schweizer Firmen im Rahmen der Entwicklungspolitik wird wichtiger. Das Image der Arbeit von Schweizer Firmen war 1999 noch ziemlich schlecht und ist heute deutlich besser. Globalisierung wird heute nicht nur kritischer gesehen, sondern auch internationaler. In den Neunzigern war Globalisierung primär eine Bedrohung, die von Schweizer Firmen ausging (Stellenabbau von Schweizer Banken, Fusionen der Basler Chemie), heute ist die Bedrohung, die von der Globalisierung ausgeht, diffuser und vor allem globaler, während die Bemühungen Schweizer Firmen eher noch anerkannt werden: beispielsweise im Rahmen des sozialen und ökologischen Handels mit Landwirtschaftsprodukten.

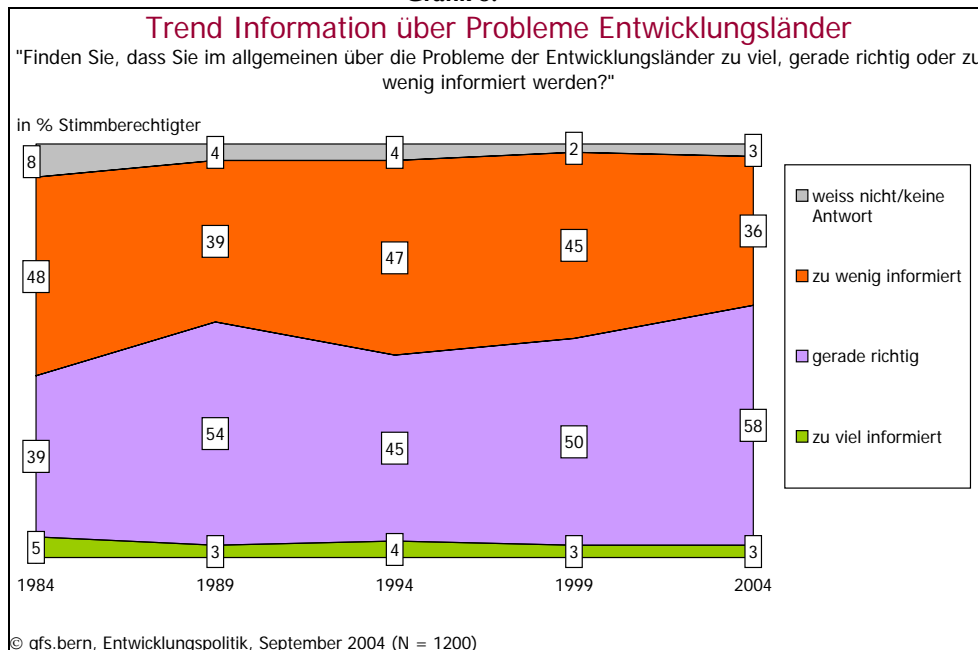
Grafik 7:



Informationsstand markant verbessert

Die Informationsarbeit der privaten und staatlichen Akteure der Entwicklungspolitik war im Wesentlichen erfolgreich. Stichworte hierzu sind die gestiegene Bekanntheit der DEZA und ihres Logos, aber auch die PR-Arbeit der privaten Akteure mit ihren Publikationen. Die Relevanz der Publikationen privater Hilfswerke hat eindeutig zugenommen. Offenbar waren weite Teile der Stimmberechtigten sensibler gegenüber der Entwicklungspolitik und entwickelten ein grösseres Bedürfnis nach Information, welches erfolgreich mit verschiedenen Medien gestillt wurde. So relativierte sich auch die Leitfunktion des Fernsehens, obwohl das Fernsehen der zentrale Kanal für die Information über Entwicklungspolitik bleibt.

Grafik 8:



Synthese

Wir formulieren 10 Thesen und eine Schlussthese:

These 1:

Das Bewusstsein für Probleme und die Komplexität der Entwicklungspolitik mit Fokus auf Globalisierung und Konfliktursachen ist unter Stimmberechtigten steigend und verunsichert.

These 2:

Das Bild der Globalisierung ist global geworden. Entwicklungsländer sind auf einmal auch Konkurrenz, die Industrieländer verhalten sich arrogant, und die Globalisierungskritik ist nicht national, sondern international fokussiert.

These 3:

Die Verunsicherungen durch die Konflikte und die Globalisierung haben die individuelle Solidarität gegenüber Entwicklungsländern nicht erschüttert. Ähnliche Massnahmen werden von den Stimmberechtigten als Lösungsbeiträge für die weltweiten Probleme gesehen wie bisher.

These 4:

Der Bund und insbesondere die DEZA sind prominent auf das Parkett der Entwicklungshilfe vorgestossen. Es ist ein internationales Parkett wegen der Vernetzung von Politik und Entwicklung, die heute den Stimmberechtigten klarer ist. Die staatliche Hilfe ist an sich akzeptiert.

These 5:

Die konkrete staatliche Entwicklungshilfe ist wegen der Debatte über die Rolle des Staates und wegen dem allgemeinen Spardruck etwas umstrittener. Diese innenpolitische Debatte ist politisch angeheizt und meint nicht (nur) die Entwicklungshilfe.

These 6:

Die am stärksten akzeptierte Bundespolitik im Bereich der Entwicklungshilfe betrifft den Bereich des fairen Handels.

These 7:

Private Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit haben ein gutes Image. Gemessen an der Bekanntheit bleiben Caritas und Rotes Kreuz die "Stars" unter den Privaten.

These 8:

Das Bild über die Arbeit der Schweizer Firmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hat sich verbessert.

These 9:

Die Informationsarbeit insbesondere auf Bundesebene aber auch durch Informationsbroschüren der Hilfswerke war erfolgreich. Die aufkommenden Informationsbedürfnisse wurden gestillt.

Schlussthese:

Die Herausforderung der Entwicklungspolitik der Zukunft betrifft ihre Rolle in Konflikten und ihre Rolle in der Globalisierung.